

Niederschrift

zur Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 16.04.2008	18:00 - 19:50 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Fiedler, Monika
 Meinel, Maria
 Paschek, Helga
 Sachse, Gerold

CDU-Fraktion

Koch, Uwe
 Lehmann, Karin
 Petenati, Wolfgang
 Teichmann, Jürgen

Vertretung für Frau Ursula Lohaus

SPD-Fraktion

Alter, Elisabeth
 Luban, Jürgen
 Schulze, Roland

Vertretung für Frau Elke Wagner

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge

Bürgermeister

Reim, Manfred

Verwaltung

Fellner, Anne
 Hengst, Ulrich
 Hoffmann, Ulrich
 Politz, Andreas
 Roch, Jürgen
 Schickert, Andrea
 Stiebe, Annett

Gäste

Beczkowski, Sonnhild
 Dittrich, Silvia
 Sauer, Joachim
 Stemmler, Uwe

Abwesend

CDU-Fraktion

Lohaus, Ursula

SPD-Fraktion

Wagner, Elke

Verwaltung

Daske, Bernd

Trilling, Anne-Gret

TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung der 43. Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind 13 Abgeordnete und der Bürgermeister anwesend.

Die Abg. Czerwinske bittet, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Mobilitätsunterstützung für sozial Bedürftige wohlwollend zu unterstützen und ihr dafür eine kurze Rede-/Informationszeit zu gewähren.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 42. Sitzung

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 3 Drucksachen öffentliche Sitzung

TOP 3.1 Kommunalwahl am 28.September 2008 hier: Bestimmung des Wahlkreises

4/533

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für das Wahlgebiet der Stadt Fürstenwalde zur Kommunalwahl am 28. September 2008 einen Wahlkreis zu bilden.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3.2 Wirtschaftsplan 2008 des Städtischen Betriebshofes - Kommunalen Eigenbetrieb

4/536

Die Leiterin des Städtischen Betriebshofes, Frau Beczkowski, gibt einige Erläuterungen zum Wirtschaftsplan und beantwortet die Fragen der Abgeordneten. Die Frage der Abg. Paschek zu den geringer werdenden Einnahmen, 2008 noch 67.100 €, und ab 2009 38.000 € bzw. 37.000 € kann nicht abschließend beantwortet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Wirtschaftsplan 2008 des Städtischen Betriebshofes –Kommunaler Eigenbetrieb- entgegen und berät diesen in seiner Sitzung am 16.04.2008.

Im Ergebnis der Beratung soll eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung gegeben werden, den Wirtschaftsplan des Städtischen Betriebshofes gemäß der Zusammenstellung nach §15 Abs.1 EigV für das Wirtschaftsjahr 2008 zu beschließen.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 3.3 Antrag der SPD-Fraktion zur Kostenübernahme beim Schulessen

Die SPD-Fraktion beantragt, das Mittagessen für alle Kinder der städtischen Schulen in den Klassenstufen 1-4 mit 0,45 €/Schultag/Kind zu bezuschussen und dafür jährlich 80.352 € in den Haushalt einzustellen. Für das Haushaltsjahr 2008 ist die Summe anteilig zu berechnen.

Zur Begründung heißt es in dem Antrag u.a., dass im Kindergarten 96 % aller Kinder am Essen teilnehmen und es dort 1,45 €/Essen kostet. Mit Schuleintritt sinkt die Zahl der Essenteilnehmer deutlich unter 50 %. Die Mahlzeit kostet 1,90 €/Essen. Durch die Essenbezuschussung mit 0,45 €/Tag bleibt der Essenpreis für die Eltern konstant, der Verwaltungsaufwand entfällt, das Geld kommt dem eigentlichen Sinn und Zweck zugute und alle Kinder profitieren von dieser Regelung.

Der Vorsitzende bittet die SPD-Fraktion noch einmal um Erläuterung der vorgeschlagenen Regelung, da diese von der bisher diskutierten Variante, nur sozial bedürftige Familien zu bezuschussen, abweicht.

Die Abg. Alter erklärt, dass ihre Fraktion nicht beabsichtigt, Kinder auszugrenzen oder besser zu stellen. Die Regelung soll deshalb für alle Kinder der Klassenstufe 1 bis 4 gleich zutreffen.

In Vorgriff auf die STVV informiert der Abg. Teichmann, dass von der Fraktion DIE LINKE ein Antrag vorgelegt wird, der bis zu den Sommerferien eine Befragung zum Thema Schulessen und Essenbeteiligung von Grundschulern und bis dahin den Verzicht auf jegliche Beschlüsse zu dieser Problematik vorschlägt. Er empfiehlt, die Beschlussfassung zu diesem Antrag und möglicherweise die Umfrage, die im Interesse aller Fraktionen stattfände, abzuwarten.

Die Abg. Paschek betont, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Antrag der SPD-Fraktion insofern von einander abweichen, als dass DIE LINKE tatsächlich nur sozial bedürftige Familien unterstützen will. Mit der Umfrage soll erreicht werden, diesbezügliche Argumente zu sammeln und vor allem zu erfragen, wer nicht und warum nicht am Schulessen teilnimmt. Sie bittet um Unterstützung der anderen Fraktionen.

Der Abg. Petenati unterstützt den Vorschlag, weitere Argumente einzuholen, zumal nach wie vor nicht klar ist, wer wirklich bedürftig ist und von der Essenbezuschussung profitieren soll, bevor eine so große Summe, wie von der SPD vorgeschlagen, in den Haushalt eingestellt wird, für die keine Deckungsquelle vorhanden ist.

Die Abg. Czerwinske meint, ihre Fraktion unterstützt den Vorschlag der SPD, weil keine Diskriminierung stattfindet und sich der Verwaltungsaufwand minimiert. Sie kritisiert die Verwaltung, die während der monatelange Diskussionen hätte längst nähere Informationen nachreichen, recherchieren oder dementsprechende Vorschläge unterbreiten können. Außerdem erinnert sie an die rechtlichen Bedenken, die bei der Gewährung des Zuschusses an Leistungsempfänger vom Amt für Grundsicherung bestanden haben. Herr Politz informiert, dass der Zuschuss unterhalb der sog. Bagatellgrenze (unter 80 €) liegen und beim Amt für Grundsicherung keine Beachtung finden würde.

Der Abg. Hoffrichter spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für weitere Recherchen und Gespräche ggf. auch mit SchulleiterInnen und HortnerInnen aus. Der Bürgermeister ergänzt, nicht über sondern mit den Betroffenen über die Problematik ins Gespräch zu kommen.

Abschließend wird über den SPD-Antrag wie folgt abgestimmt:

Ablehnung Ja 4 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3.4 Diskussion zur Haushaltssatzung 2008

Der Erste Beigeordnete hat in den vergangenen Tagen mit den einzelnen Fraktionen zum Thema Haushalt getagt. Fragen zur Form des doppischen Haushaltes und inhaltliche Aussagen wurden geklärt. Einige Nachfragen, wie z.B. die Veranschlagung der Aufwendungen für Kombilöhne (in 2008 und in 2009 jeweils 50 T€), die Erhöhung der Aufwendungen für die LAGA von 3.500 € auf 13.500 €, die Kennzahlen in den Schulen, die Erhöhung in der Sportstättenförderung von 39.100 € auf 85.000 € durch Zuschussreduzierung an die GMF und Zuschusserhöhung an Vereine bei Übernah-

me von Sportstätten, die detaillierte Aufschlüsselung der investiven Maßnahmen über 25.000 €, die Kosten für die Rückabwicklung der Fonds, die Kennzahlendifferenz Museum (89.600 € auf 100.800 €) werden von ihm nochmals erklärt bzw. bis zur STVV in den Haushalt eingearbeitet. Der Erste Beigeordnete bittet die Fraktionen, weitere Fragen oder Hinweise noch bis dahin an ihn zu richten, um in der STVV am 24.04.08 einen aktuellen Haushalt vorzulegen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass zur Umsetzung des durch das Land Brandenburg initiierten Kombi-lohnmodells in der Stadt in den nächsten zwei Jahren wie erwähnt, jeweils 50.000 € zur Verfügung stehen sollen. Die Mittel sollen Projekten zufließen, die unmittelbar in Trägerschaft der Stadt laufen und dafür eine Vollfinanzierung erhalten, Projekten, die bei externen Trägern angesiedelt sind und eine Kofinanzierung durch die Stadt erhalten sowie Projekten, für die die Stadt lediglich eine Befürwortungserklärung abgibt.

Die Abg. Czerwinske bedankt sich beim Ersten Beigeordneten ausdrücklich für die informativen Erklärungen und die „Klausurtagung“ zum Thema Haushalt.

Darüber hinaus hat sie die Frage, welche Radwegemaßnahmen (Ausbau und Sanierung) in 2008 geplant sind und wie das Kostenverhältnis zwischen Gemeindestraße und Radwege ist.

Die Abg. Paschek bedankt sich im Namen ihrer Fraktion ebenfalls für die Beantwortung der Fragen durch den Ersten Beigeordneten. Sie bittet um die Darstellung des wertmäßigen Verhältnisses zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben. Der Erste Beigeordnete sagt die Aufstellung für die kommende STVV zu, obwohl die klare Unterteilung in freiwillige und pflichtige Leistungen nicht immer eindeutig möglich ist.

Die Abg. Czerwinske erinnert an die Informationen von Caritas und Diakonie (Mobilitätsbericht) im Sozialausschuss am 21.02.08 zum Thema Mobilitätshilfe und an den tollen Erfolg der übertragbaren Jahreskarten. Dieses Angebot soll auch 2008 wieder möglich sein. Dafür bittet sie um wohlwollende Unterstützung aller Fraktionen, im Haushalt müssen rd. 2.340 € eingeplant werden.

Die Anwesenden unterstützen dieses Anliegen und beauftragen die Verwaltung, die genannte Summe in den Haushalt 2008 einzustellen.

TOP 4 Informationen der Verwaltung

Die Beigeordnete, Frau Fellner, informiert über die am 30.04.2008 stattfindende Bereisung der Auswahlkommission zur Entscheidung Landesgartenschau. Sie bittet die Abgeordneten, vor der STVV auf einem gemeinsamen Foto dafür noch einmal zu werben.

Der Termin am 30.04.2008 wird stellvertretend für alle Abgeordneten durch den Vorsitzenden der STVV, Abg. Teichmann, wahrgenommen. Die Verwaltung wird der Fachkommission einen Routenplan und den Besuch einzelner Stationen vom Marktplatz über den Mühlengarten bis hin zum Haus am Spreebogen vorschlagen.

TOP 5 Anfragen an die Verwaltung

Die Abg. Alter fragt, wie die Stadt Verschmutzungen z.B. auf Straßen und Spielplätzen ahndet.

Gerade an dem Wochenende, an dem die Putzmunter-Aktion stattfand, sind ihr bei einer Radtour die besondere Verschmutzung und die beschädigten Putzmunter-Plakate in der Stadt aufgefallen. Sie hat einiges von der Dr. W.-Külz-Straße, über die Eisenbahnstraße bis hin zum Marktplatz in Fotos festgehalten und stellt diese gern zur Verfügung.

Sie bittet um Auskunft, ob in den letzten Jahren nach Beschluss des Bußgeldkatalogs tatsächlich die Verursacher ermittelt und zur Verantwortung gezogen wurden, ob Anliegerpflichten kontrolliert und durchgesetzt werden oder welche alternativen Möglichkeiten zur Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit in der Stadt bestehen.

Die Abg. Meinel schließt sich dieser Meinung an und ergänzt, dass sich der Marktplatz nach dem Kaufhaus- und Marktplatzfest in einem sehr verschmutzten Zustand befand. Gleiches gilt generell für Straßen und vor allem Spielplätze, wo sich in den Abendstunden auch Jugendliche treffen, Alkohol trinken und leere sowie z.T. zerschlagene Flaschen hinterlassen. Sie fordert eine konse-

quentere Durchsetzung von Ordnung und Sauberkeit und verweist auf das beispielgebende Verbot von Alkohol auf Spielplätzen, das in anderen Städten durchgesetzt wird.

Der Abg. Luban ruft in diesem Zusammenhang zu mehr Zivilcourage und bürgerlichem Engagement auf. Ihm sind die genannten Probleme natürlich auch schon aufgefallen. Er hat die alkoholtrinkenden Jugendlichen dann auf dem Seilerspielplatz direkt angesprochen und ist mit ihnen nach anfänglichen Schwierigkeiten in eine doch recht interessante und anscheinend fruchtbringende Diskussion geraten, denn seit dem hat die Verschmutzung nachgelassen.

Dem Abg. Petenati ist aufgefallen, dass an vielen Straßen, möglicherweise ohne entsprechende Erlaubnis, plakatiert wird. Er bittet, dies zu prüfen. Der Abg. Koch ergänzt, dass Plakate (Eisenbahnstraße, gegenüber Sparkasse) so im Straßenraum angebracht werden, dass sie die Sicht für Verkehrsteilnehmer einschränken.

Die Verwaltung verweist abschließend auf verschiedene Bemühungen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Zum einen werden, wenn bekannt oder direkt erwischt, sehr wohl die Verursacher zur Verantwortung gezogen, zum anderen sind nicht nur Außendienstmitarbeiter sondern auch die mobilen Jugendarbeiter und die Polizei immer gehalten, auf diese Probleme mit zu achten. Problem ist meistens, für die Verschmutzungen den Verursacher zu finden.

Der Bürgermeister betont, dass die Verwaltung jedem Hinweis im Rahmen ihrer Möglichkeiten nachgeht. Deshalb bittet er, auch weiterhin festgestellte Mängel zeitnah an die Verwaltung weiterzugeben.

Der Abg. Czerwinske wurde berichtet, dass in der Magnus-Poser-Straße 6 Pappeln gefällt worden sein sollen. Sie fragt, ob dem so ist und ob entsprechende Genehmigungen dafür vorlagen.

Außerdem bittet sie um Auskunft, ob für die geplante Seniorenwohnanlage in der K.-Liebknecht-Straße (gegenüber Ärztehaus) Bäume gefällt wurden und dafür eine Genehmigung vorlag. Sie fragt, um wie viele Bäume es sich handelt und wo entsprechende Ersatzpflanzungen vorgesehen sind.

TOP 6 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die öffentliche Sitzung geschlossen. Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Gerold Sachse
Vorsitzender

Franka Koch
Schriftführerin
